

Energieminister Rumen Ovcharov zurücktreten, weil ihm vorgeworfen wurde, aus geschäftlichen Interessen Ermittlungen im Korruptionsskandal um das hauptstädtische Fernwärme-Unternehmen Toplofikazia Sofia beeinflusst und den obersten Ermittlungschef persönlich bedroht zu haben. Und im April 2008 mußte Innenminister Rumen Petkov zurücktreten. Nach zwei Auftragsmorden an den Geschäftsführer des Energieunternehmens Atomenergoremont und den Schriftsteller Georgi Stoev wurde ihm vorgeworfen, Kontakte zu einem Brüderpaar zu besitzen, das der organisierten Kriminalität zugerechnet wird. Im November 2008 hat die EU Bulgarien Fördergelder wegen der grassierenden Korruption gestrichen.

Zum Hintergrund: RWE will 1,5 Milliarden Euro in den Bau des Atomkraftwerks Belene in Bulgarien investieren. Der Konzern bewirbt sich außerdem um eine Beteiligung an dem umstrittenen Atomkraftwerk Cernavoda 3 & 4 im Süden Rumäniens. Beide Projekte wurden zu Sowjetzeiten geplant und nach der Wende verworfen. Sie liegen in einer Region, in der regelmäßig starke Erdbeben stattfinden und gelten deshalb als zwei der risikoreichsten Atomprojekte, die derzeit in Europa geplant sind. 1983 warnten sogar sowjetische Wissenschaftler vor dem Bau eines Atomkraftwerks in Belene und auch der ehemalige Chef der bulgarischen Atomaufsicht, Dr. Georgui Kastchiev, kritisierte das Projekt.

Am 19. Dezember 2008, nur eine Woche nach den Morddrohungen gegen die bulgarischen Atomkraftgegner, hat das RWE-Management einen Vertrag zum Bau des Atomkraftwerks Belene in Bulgarien geschlossen, trotz Auseinandersetzung und Kritik im RWE-Aufsichtsrat. Dabei geht es zunächst um eine Projektentwicklungsgesellschaft, die

in den nächsten 18 Monaten die Voraussetzungen für die Realisierung von Belene schaffen soll. Erst dann wird der Eigenkapitalbetrag von RWE freigegeben. Umweltschützer glauben deshalb noch nicht an die Realisierung des Projektes. „RWE hat vollmundige Versprechungen gegenüber seinem Aufsichtsrat etwa zur Sicherheit von Belene gemacht, die nicht einzuhalten sein werden. Wir appellieren deshalb weiterhin an die Aufsichtsräte, diese gefährliche und gewissenlose Investition zu streichen“, sagt Heffa Schücking. Sie sieht weiteren Konfliktstoff nicht nur im Aufsichtsrat voraus: „Mit dieser Entscheidung brüskiert RWE Chef Großman nicht nur einen Teil der Aufsichtsräte, viele Anteilseigner und Kunden des Konzerns. Er bringt die atomkritische Öffentlichkeit gegen RWE auf und steuert den Konzern geradewegs in einen Reputations-GAU.“

Zu den Tücken des Projektes gehört neben seinem geplanten Standort in einem Erdbebengebiet das gefährliche politische Klima in Bulgarien. Die Morddrohungen gegen die bulgarischen Atomkraftgegner hätten „ein Warnsignal für das RWE-Management sein müssen, daß Atomprojekte auf dem Balkan nicht nach hiesigen Maßstäben zu realisieren sind“, erklärt Schücking. „Wenn RWE an diesem atomaren Auslandsabenteuer festhält, geht das zu Lasten der Sicherheit und Gesundheit von Millionen von Europäern.“

Laut Berichten der bulgarischen Presse erwirbt RWE für 1,275 Milliarden Euro einen Anteil von 49 Prozent an der neu gegründeten Belene Projektentwicklungsgesellschaft und zahlt außerdem eine Prämie von 500 Millionen Euro an den bulgarischen Energieversorger NEK. Umweltschützer kündigen für 2009 eine breite öffentliche Kampagne gegen den aggressiven

Atomkurs des deutschen Energieversorgers an. ●

Atompolitik

Staffelübergabe der Atomlobbyisten

Tschechien will während seines EU-Ratsvorsitzes eine „Enttabuisierung“ der Atomkraft erreichen

Der EU-Ratsvorsitz der Tschechischen Republik seit Anfang dieses Jahres wird wohl zum Werbefeldzug für die Atomindustrie verkommen, befürchtet die Bürgerorganisation Atomstopp-Oberösterreich. Führende tschechische Politiker hatten bereits im Vorfeld der Übernahme des EU-Ratsvorsitzes angekündigt, Tschechien wolle sich während seines EU-Ratsvorsitzes um eine „Enttabuisierung“ der Atomkraft bemühen. „Nach dem atomfixierten Frankreich ein glatter Staffellauf der Atomlobbyisten“, meint Atomstopp-Oberösterreich in einer Erklärung zum Jahreswechsel. Die Tschechische Republik habe schon in der Vergangenheit bewiesen, daß sie keine Skrupel hat, sich über internationale, völkerrechtliche Verträge hinwegzusetzen, wenn es ihren Interessen besser zukommt und der Nutzung der Atomkraft hilft.

Das Melker Abkommen aus dem Jahr 2001 über die sicherheitstechnische Nachrüstung des Atomkraftwerks Temelin, das nach monatelangen Bürgerprotesten an den österreichisch-tschechischen Grenzübergängen und bilateralen Auseinandersetzungen letztlich unter Vermittlung der EU-Kommission zustande gekommen war, wurde durch Tschechien mit der Erteilung der Betriebsgenehmigung für das AKW Temelin im November 2006 gebrochen, rügt Atomstopp-Oberösterreich. Auch heute, zum Jahresbeginn

2009, bestünden immer noch genau jene gravierenden Sicherheitsmängel, die zu Verzögerungen beim Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union geführt haben, hätte nicht die EU-Kommission vermittelnd eingegriffen und hätte sich Tschechien nicht zur umfassenden Klärung aller offenen Sicherheitsfragen verpflichtet. „Wohl wissend, daß die 2001 im Melker Abkommen eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich der Nachrüstung des AKW Temelin nicht eingehalten werden konnten, wird von Tschechien jetzt die völkerrechtliche Verbindlichkeit des Abkommens einfach abgestritten“, empört sich Atomstopp-Oberösterreich. Die tschechische Regierung habe auch keine Bedenken, jetzt ein Umweltverträglichkeitsprüfungs-Gesetz für den Ausbau des AKW Temelin anzuwenden, das nicht den Vorgaben der Europäischen Union entspricht. Auch dieses Vorgehen sei ganz im Dienste der Atomenergie. Die Abhängigkeit einiger weniger Länder von der Atomkraft sollte die tschechischen Politiker nicht in die Irre führen. Denn lediglich weniger als 3 Prozent des gesamten Primärenergiebedarfs weltweit werden mit Hilfe der Atomenergie gedeckt. ●

Atomtüll-Endlagerung

Internetforum des BMU zur Endlagerung

Im Nachgang zum Endlagerungssymposium vom 30.10. bis 1.11.2008 in Berlin (Strahlentelex hatte berichtet) steht interessierten Bürgerinnen und Bürgern auf der Internetseite des Bundesumweltministeriums (BMU; www.bmu.de) jetzt ein Forum zur Verfügung, in dem sie ihre Meinung zu den Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung hoch-

radioaktiver Abfälle äußern und die Ergebnisse des Endlagersymposiums bewerten sollen. Das teilte das BMU am 11. Dezember 2008 mit. Ein Ergebnis des Symposiums war, daß der nach sechs Jahren Pause damit wieder aufgenommene Dialog fortgeführt werden sollte. Das Bundesumweltministerium hatte dabei angekündigt, ein Forum zu den auf dem Symposium diskutierten Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle einzurichten. Es erhofft sich hierdurch einen Überblick über die Aspekte, die aus Sicht einer interessierten Öffentlichkeit im Entwurf der Sicherheitsanforderungen nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Das Internetforum steht auch für Rückmeldungen zum Symposium sowie für Anregungen zur Weiterführung des Dialogs offen, heißt es. Das Bundesumweltministerium hofft auf eine rege Teilnahme und will die Diskussionsbeiträge „intensiv auswerten“. Bisher gibt es weltweit kein Endlager, das hochradioaktive Abfälle aufnehmen kann. ●

Atomwirtschaft

Gorleben kostete 1,51 Mrd. Euro

Für das atomare Endlagerprojekt Gorleben in Niedersachsen sind von 1977 bis Ende 2007 Kosten in Höhe von 1,51 Milliarden Euro entstanden. Das teilte die Bundesregierung am 8. August 2008 in ihrer Antwort (Bundestagsdrucksache 16/10077) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion zu den volkswirtschaftlichen Kosten der Atomenergie mit. Im Haushaltsjahr 2008 seien zudem 27,6 Millionen Euro für das Projekt Gorleben veranschlagt worden. Die künftigen Kosten hingen vor allem von einer

politischen Grundsatzentscheidung zum weiteren Vorgehen bei der Endlagerung hochaktiver, wärmeentwickelnder Abfälle aus Kernkraftwerken ab. Nach dem Atomgesetz würden die Kosten von den Abfallverursachern in voller Höhe refinanziert. Der Anteil, der von den Einrichtungen der öffentlichen Hand für das Projekt in Gorleben gezahlt werden müsse, beträgt der Bundesregierung zufolge 11,52 Prozent. Ende 2007 sei der tatsächliche Anteil etwas höher gewesen, was mit den Zahlungs- und Abrechnungsmodalitäten zusammenhänge.

Die Kosten, die für das Endlager Morsleben in Sachsen-Anhalt bis Ende vergangenen Jahres entstanden sind, gibt die Bundesregierung mit 646 Millionen Euro an. Für dieses Jahr (2008) seien 61,7 Millionen Euro dafür vorgesehen. Die Gesamtprojektkosten würden auf etwa 2,2 Milliarden Euro geschätzt.

Die Kosten der öffentlichen Hand für Rückbau und Endlagerung für die Versuchswiederaufbereitungsanlage Karlsruhe beziffert die Bundesregierung zum Jahresende 2007 mit 571,22 Millionen Euro. Der Mittelansatz für 2008 liege bei 59,43 Millionen Euro. Nach derzeitigem Stand würden die künftigen Kosten mit 920 Millionen Euro veranschlagt.

Für das Forschungsbergwerk Asse II in Niedersachsen hätten sich die Kosten der öffentlichen Hand bis Ende 2007 auf 257 Millionen Euro belaufen, wie aus der Antwort weiter hervorgeht. Der Mittelansatz für dieses Jahr liege bei 57 Millionen, die künftigen Kosten würden auf 536 Millionen Euro geschätzt.

2,18 Milliarden Euro haben nach Regierungsangaben die öffentlichen Kosten für den Bau und die Abwicklung des Schnellen Brütters in Kalkar in Nordrhein-Westfalen betragen.

Die Ausgaben für das bis 1995 vollständig rückgebaute Kernkraftwerk in Niederaichbach in Bayern sowie für die Entsorgung beziffert die Bundesregierung auf 134,5 Millionen Euro.

Auf rund 1,78 Milliarden Euro hätten sich die Kosten der öffentlichen Hand für das Kernkraftwerk Hamm-Uentrop in Nordrhein-Westfalen bis Ende 2007 belaufen. Der Mittelansatz für dieses Jahr liege bei rund 5,78 Millionen Euro, für 2009 bei 6 Millionen Euro. Die zukünftigen Kosten seien hier noch nicht bekannt.

Nach Darstellung der Regierung haben die Energiewerke Nord GmbH in Mecklenburg-Vorpommern keine Rückstellungen für ihre atomrechtlichen Verpflichtungen bilden können. Daher sei dem Unternehmen, das verantwortlich ist für den Rückbau der ostdeutschen Kernkraftwerke Greifswalde und Rheinsberg, von der Treuhandanstalt eine Finanzierungszusage gegeben worden. Bis Ende 2007 hätten die Energiewerke Nord im Rahmen dieser Zusage rund 2,5 Milliarden Euro erhalten, um ihre atomrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen. Im Jahr 2008 seien dafür Zuwendungen von 111 Millionen Euro bewilligt worden. Für die Zeit ab 2009 würden nach derzeitiger Einschätzung noch Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt von rund 600 Millionen Euro benötigt, heißt es in der Antwort weiter.

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/100/1610077.pdf> ●

Atompolitik

Atomgegner klagen gegen Biblis

210 Sicherheitsmängel

Drei Mitglieder der Bürgerinitiative „Biblis abschalten!“

und der atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW haben Mitte Dezember 2008 beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel Klage gegen den Weiterbetrieb des Kernkraftwerkblocks Biblis B eingereicht. Weil das hessische Umweltministerium in einem Vermerk vom 19. September 2005 selbst einräumte, daß Block B nicht mehr dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik entspricht, rechnen sich die Kläger gute Erfolgchancen aus. Für einen Sieg in Kassel vor dem höchsten hessischen Verwaltungsgericht spreche auch, daß der Kraftwerksbetreiber RWE zugebe, die Anlage im südhessischen Biblis altere Sicherheitstechnik. „Unsere Ausgangsposition vor Gericht ist insofern nicht schlecht“, erklärte die Vertreterin der Kläger, die Dortmunder Anwältin Wiltrud Rülle-Hengesbach.

Der Atomenergie-Experte der IPPNW, Henrik Paulitz, hat als sogenannter Sachbeistand in dem Rechtsstreit 210 schwerwiegende Sicherheitsmängel von Biblis B dokumentiert. „Wir stützen uns hierbei insbesondere auf Bewertungen der Gesellschaft für Reaktorsicherheit und des TÜV Süd. Das sind die Hausgutachter der Atomaufsicht des Bundes und des Landes Hessen“, erklärt Paulitz. „Wir tragen also nur die sicherheitstechnischen Mängel vor Gericht vor, die die Experten der Behörden selbst sehen.“ Paulitz ist sich sicher, daß es in Biblis B zu einer Atomkatastrophe kommen kann.

Allein zwei Jahre hat es gedauert, bis die Biblis-Gegner Zugang zu den speziellen Behördenakten bekommen haben. Paulitz warf den Behörden willkürliche Behinderungen vor. Die atomkritischen Ärzte hätten nicht in die Lage versetzt werden sollen, ihre Klage noch besser zu begründen, wie einer behördeninternen eMail zu entnehmen gewesen sei.